

Inhalt:

- 1. Presseerklärung**
- 2. Forderungen und Begründung**
- 3. Argumentationspapier**
- 4. Sr. Anna Mayrhofer gegen Prostitution**

Kommentare von Sexworkern und Sexworker-Interessenvertretern

1. Pressemitteilung, 24. November 2008

Im Namen der Menschenwürde: SOLWODI-Kampagne für Reform des Prostitutionsgesetzes

B o p p a r d . Die im Januar 2007 von der Bundesregierung angekündigte Reform des umstrittenen Prostitutionsgesetzes (ProstG) wurde bislang nicht umgesetzt. Es ist zu befürchten, dass das Reformvorhaben auf die nächste Legislaturperiode nach den Bundestagswahlen verschoben wird. Darum will SOLWODI das ProstG mit einer Kampagne zum Wahlkampfthema machen. Mit eigenen Reformvorschlägen tritt SOLWODI für die Menschenwürde von Prostituierten ein. Kampagnen-Start ist der **25. November 2008 – der Internationale Tag „NEIN zu Gewalt an Frauen!“**

Ziel des am 1. Januar 2002 in Kraft getretenen rot-grünen Prostitutionsgesetzes war es, freiwillig tätige deutsche und ausländische Prostituierte, die sich legal in Deutschland aufhalten, besser zu stellen: u. a. durch die Möglichkeit, sich fest anstellen und sozialversichern zu lassen. Dieses Ziel wurde verfehlt. Denn das ProstG hat in der Praxis nicht die Prostituierten besser gestellt, sondern Zuhälter und Bordellbetreiber. Sie sind salonfähig geworden, obwohl sie Frauen in der Prostitution gnadenlos ausbeuten. Daher fordert SOLWODI die GesetzgeberInnen auf, die Menschenwürde und das Selbstbestimmungsrecht von Prostituierten zu achten und zu schützen sowie jegliches Zuwiderhandeln der Profiteure im Rotlichtmilieu als Straftat zu ahnden. Zentrale Forderungen: Keine abhängige Beschäftigung von Prostituierten und keinerlei Weisungsbefugnisse Dritter! Jegliche Eingriffe in die Dispositionsfreiheit von Prostituierten müssen als sexuelle Ausbeutung und dirigistische Zuhälterei bestraft werden!

SOLWODI ist die Abkürzung von „Solidarity With Women in Distress“ – Solidarität mit Frauen in Not. Die Ordensfrau Sr. Dr. Lea Ackermann gründete diese Organisation 1985 in Kenia als Ausstiegsprojekt für Frauen in der Elendsprostitution. Seit 1988 engagiert sich SOLWODI auch in Deutschland mit inzwischen zwölf Beratungsstellen und sieben Schutzwohnungen für Migrantinnen, die hier in Not geraten sind: vor allem als Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution. Die SOLWODI-Mitarbeiterinnen kennen das Rotlichtmilieu gut. Daher wissen sie, dass die Tätigkeit als Prostituierte selbst unter günstigsten Bedingungen die physische und psychische Gesundheit gravierend beeinträchtigt. SOLWODI ist für die Abschaffung der Prostitution. Da dies allenfalls langfristig zu erreichen ist, haben sich die SOLWODI-Chefin Sr. Dr. Lea Ackermann und ihr Team zu dieser Kampagne entschlossen. Sie hat folgende Text-Bestandteile, die unter <http://www.solwodi.de/536.0.html> als PDF-Dateien zur Verfügung stehen:

- Forderungen für Gesetzesreformen und deren Begründung (in der Anlage)
- Argumentationspapier mit Informationen und Überlegungen, auf denen die Kampagne basiert (in der Anlage)
- Vorformulierter Brief mit den SOLWODI-Forderungen, den Unterstützerinnen an die federführende Bundesfrauenministerin Ursula von der Leyen schicken können
- Vorformulierter Brief an die Bundesjustizministerin Brigitte Zypries
- Vorformulierter Brief an die Bundestagsabgeordneten des jeweiligen Wahlkreises der UnterstützerInnen
- Unterschriftenliste für Aktionen und zum Herumreichen im Verwandten-, Freundes- und Bekanntenkreis
- Kommentar „Meine grundsätzliche Haltung zur Prostitution“ von Sr. Anna Mayrhofer, Ordensfrau und SOLWODI-Fachberatungsstellenleiterin in Osnabrück (in der Anlage)

Fragen zur Kampagne beantwortet die SOLWODI-Öffentlichkeitsreferentin Cornelia Filter. Telefon: 06741-2232. Email: filter@solwodi.de.

Die SOLWODI-Forderungen für Gesetzesreformen sind vom „Augsburger Weg“ inspiriert (s. Argumentationspapier!). Diesen hat der Erste Kriminalhauptkommissar Helmut Sporer konzipiert. Er ist im Polizeipräsidium Schwaben Nord in Augsburg unter der Telefonnummer 0821/323-0 zu erreichen.



Im Namen der Menschenwürde:

SOLWODI-Kampagne für eine Reform des Prostitutionsgesetzes

2. Forderungen und deren Begründung

Die im Januar 2007 von der Bundesregierung angekündigte Reform des umstrittenen Prostitutionsgesetzes (ProstG) wurde bislang nicht umgesetzt. Es ist zu befürchten, dass das Reformvorhaben auf die nächste Legislaturperiode nach den Bundestagswahlen im Herbst 2009 verschoben wird. Darum will SOLWODI das ProstG mit einer Kampagne zum Wahlkampfthema machen. Mit eigenen Reformvorschlägen tritt SOLWODI für die Menschenwürde von (Zwangs-) Prostituierten ein. Kampagnen-Start ist der 25. November 2008 – der Internationale Tag „NEIN zu Gewalt an Frauen!“

Die Menschenwürde von sog. Zwangsprostituierten = Sklaven, die sexuell ausgebeutet werden so wie andere Sklaven in Hausarbeit, auf dem Hof oder im Steinbruch, muß anders erkämpft und gesichert werden als bei Prostituierten = Sexworkern, die sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten in einer wirtschaftlichen Situation aus freien Stücken für eine riskante aber evt. lukrative und individuell gestaltbare Tätigkeit selbst entschieden haben. Die Vermischung von sog. Zwangsprostitution mit Prostitution ist demagogisch bis scheinheilig und fußt auf der nachvollziehbaren einseitigen subjektiven emotionalen Wertung aber unzulässigen Verallgemeinerung „so was kann doch keiner freiwillig tun“.

Auswirkungen des ProstG

Früher war Prostitution in Deutschland „sittenwidrig“. Das heißt: Sie war weder verboten noch erlaubt, sondern geduldet. Das am 1. Januar 2002 in Kraft getretene, von der damaligen rot-grünen Bundesregierung initiierte „Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Prostituierten“ (Prostitutionsgesetz – ProstG) hat die Sittenwidrigkeit aufgehoben und die freiwillig ausgeübte Prostitution rechtlich als Dienstleistung geregelt. Reguläre Beschäftigungsverhältnisse im Rotlichtmilieu sind seither statthaft: mit „eingeschränktem Direktionsrecht“.

Ziel des ProstG war es, freiwillig tätige, sich legal in Deutschland aufhaltende Prostituierte besser zu stellen. Gelungen ist das nicht – im Gegenteil. In den knapp sieben Jahren, in denen das Gesetz in Kraft ist, haben sich bundesweit nur verschwindend wenige Prostituierte bei der Sozialversicherung angemeldet. Entgegen der Empfehlung des ProstG gibt es kaum Ausstiegsprogramme für Frauen in der Prostitution. Das Rotlichtmilieu jedoch ist salonfähig geworden. Das Angebot von Prostitutionsstätten wächst rasant – und ebenso das Ausmaß der Ausbeutung von Prostituierten.

Zum Beispiel Duisburg. **Sr. Leoni Beving, die Leiterin der Duisburger SOLWODI-Beratungsstelle** hat recherchiert, dass es in der Ruhrgebietsstadt 1994 in Bordellen und Wohnungen 120 angemeldete Zimmer für Prostitution gab; heute sind es 378 Zimmer. Die Prostituierten zahlen zwischen 80 und 100 € Zimmermiete am Tag. Hinzu kommen 10 € Pauschalsteuer täglich. Die Freier lassen sich für Dumpingpreise zwischen 20 und 35 € pro Geschlechtsakt mit und ohne Sonderwünsche bedienen. Zudem müssen die Frauen auch noch die Hälfte ihrer Einnahmen an Zuhälter abtreten.

Zum Beispiel der neue „Wellness-Trend“. In letzter Zeit sind in diversen deutschen Großstädten, aber auch in der Provinz Großbordelle errichtet worden, die sich meist „Wellness-Clubs“ oder „**FKK-Clubs**“ nennen. Mit hohen Investitionen wurden sie edel eingerichtet und mit Whirlpools, Saunen, Fitness-Studios etc. ausgestattet, um neue Kundenschichten zu erschließen. Die dort tätigen Frauen, ergaben Ermittlungen der Kriminalpolizei, unterliegen einer nahezu lückenlosen Kontrolle durch ein ausgeklügeltes System aus Videokameras, Bordell- und Security-Personal. Die Frauen müssen sich ausschließlich unbedeckt in den Häusern bewegen, dürfen nicht telefonieren und dürfen nur mit Genehmigung der Geschäftsleitung nach draußen. Die Sexualpraktiken sind vorgeschrieben; Freier dürfen nicht abgelehnt werden; die Arbeitszeiten betragen bis zu 16 Stunden täglich. Die Prostituierten in diesen neuen Großbordellen stammen aus allen Erdteilen. Damit ständig neue Gesichter präsentiert werden können, müssen die Frauen regelmäßig im Wochen- oder Monatsrhythmus die miteinander vernetzten Großbordelle wechseln. Viele dieser Frauen wussten, dass sie in Deutschland als Prostituierte tätig sein werden. Aber sie wussten nichts von den menschenunwürdigen Bedingungen und dem Zwang, der auf sie ausgeübt wird – legitimiert durch das Prostitutionsgesetz.

Die GesetzgeberInnen unterließen es zu definieren, was sie mit „eingeschränkten Direktionsrechts“ meinen. Das obliegt nun den Gerichten. Ein Beispiel: Im Sommer 2006 lehnte das **Augsburger Landgericht** die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen fünf Beschuldigte aus einem „Wellness-Club“ mit Hinweis auf das ProstG ab. Das ermittelnde Polizeiteam unter Leitung von **Kriminaldirektor Klaus Bayerl** wollte die Zwangsvorschriften für Prostituierte in dem Großbordell als „dirigistische Zuhälterei“ ahnden. Doch das Landgericht bewertete diese als „Weisungsrecht“. Ein Gerichtssprecher rechtfertigte die Entscheidung so: **Seit Inkrafttreten des ProstG sei Prostitution eben ein „normales Gewerbe“.** „Die Betreiber haben seitdem Regulationsmöglichkeiten und Kontrollbefugnisse.“ Juristisch sei ihnen nichts vorzuwerfen.

Die freiwillige Prostitution lässt sich also gar nicht mehr genau von der Zwangsprostitution unterscheiden. Erschwerend kommt hinzu, dass die Polizei durch die mittels ProstG erfolgte Streichung des Strafrechts-Paragrafen „Förderung der Prostitution“ weniger Kontroll- und Zugriffsmöglichkeiten für die Befreiung von Zwangsprostituierten aus dem Rotlichtmilieu hat. Nicht nur

SOLWODI, auch der Augsburger Kriminaldirektor Klaus Bayerl beklagt: **Das ProstG hat nicht die Prostituierten besser gestellt, sondern Zuhälter und Bordellbetreiber.**

Die um zwei Jahre verzögert veröffentlichte Evaluation des Bundesfamilienministeriums zum ProstG hat ergeben, dass die überwiegende Zahl der Strafverfolgungsbehörden nicht von einer ihre Arbeit behindernden Verringerung von Kontroll- und Zugriffsmöglichkeiten ausgehen. Insbesondere die später erfolgte Verschärfung der Menschenhandelsparagrafen hat neue einfache Instrumentarien geschaffen (z.B. Altersgrenze 21 Jahre statt Volljährigkeit) und die Statistiken spürbar anwachsen lassen.

Die SOLWODI-Reformvorschläge

Seit 23 Jahren begleitet SOLWODI Opfer von Frauenhandel und Zwangsprostitution. Wir kennen das Rotlichtmilieu gut. Daher wissen wir, dass die Tätigkeit als Prostituierte selbst unter günstigsten Bedingungen die psychische und physische Gesundheit, das Selbstwertgefühl und die Zuversicht sowie den Willen und die Fähigkeit, das eigene Leben selbstbestimmt zu gestalten, gravierend beeinträchtigt.

Das liegt nicht primär an der inszenierten sexuellen Dienstleistung und intimen Arbeit mit Kunden, sondern an der trotz einem kleinen Artikelgesetz (ProstG) kaum verändert starken gesellschaftlich Tabuisierung, Diskriminierung, Stigmatisierung und Kriminalisierung der mit der Sexarbeit verbundenen Tätigkeiten und Lebensverhältnisse.

Auch in anderen sozialen und pflegenden Berufen, die gesellschaftlich viel besser integriert und umsorgt werden als Sexarbeit, ist die emotionale Herausforderung derart hoch und komplex, daß es zahlreiche Fälle von Fehlverhalten und Versagen wie Drogenkonsum und Burn-out zu beklagen gibt.

Wir sind für die Abschaffung der Prostitution, und wir meinen, dass dies auch der deutsche Staat und alle seine BürgerInnen sein müssten. Schließlich steht im Grundgesetzartikel 1: „**Die Würde des Menschen ist unantastbar.**“ Und in Artikel 3, Absatz 2 heißt es: „**Männer und Frauen sind gleichberechtigt.**“ Der weibliche Körper sollte nicht wie eine käufliche Ware ge- und behandelt werden dürfen: nirgendwo, aber vor allem nicht in einer demokratischen Gesellschaft mit einer Verfassung, in der die Menschenwürde und die Gleichberechtigung zum Katalog der Grundrechte zählen!

Die Erklärung der Menschenwürde darf nicht über selbstbestimmte Menschen hinweg verhängt werden. Wer aus freien Stücken seine Existenzsicherung mit Sexarbeit betreiben will, muß das machen dürfen. Er muß die freie Selbstbestimmung über seinen Körper und Berufswahl haben, solange er dadurch keine anderen Menschen und höheren Werte gefährdet (vgl. opferloses Delikt).

Die Gesellschaft bleibt aufgefordert menschenwürdige Rahmenbedingungen zu schaffen. Diese beginnen bei der Akzeptanz dessen, was letztlich nicht abzuschaffen ist. Umsetzungsrichtlinien müssen erarbeitet werden. Die Betroffenen müssen beteiligt werden. Die Bildung einer Interessenvertretung muß ermöglicht und gefördert werden.

SexarbeiterInnen müssen in Freiheit, sicher, allein oder gemeinsam, für oder als UnternehmerInnen arbeiten dürfen.

Doch es ist uns bewusst, dass das Ziel, die Prostitution abzuschaffen, in Deutschland allenfalls langfristig zu erreichen ist. Zwar betont die christdemokratische Bundesfrauenministerin Ursula von der Leyen: „Prostitution ist kein Beruf wie jeder andere!“ Aber die derzeitige Regierungskoalition aus CDU/CSU und SPD bewertet Prostitution nicht grundsätzlich als Verletzung der Menschenwürde, sondern – vorausgesetzt, sie wird freiwillig ausgeübt – als „autonome Entscheidung zu einer riskanten Tätigkeit“. **Wegen der menschenunwürdigen Verhältnisse, unter denen Prostituierte in Deutschland leiden, haben wir uns zu dieser Kampagne entschlossen. SOLWODI fordert die GesetzgeberInnen auf, die Menschenwürde und das Selbstbestimmungsrecht von Frauen in der Prostitution zu achten und zu schützen sowie jegliches Zuwiderhandeln der Profiteure im Rotlichtmilieu und in der sogenannten Sexindustrie konsequent als Straftaten zu ahnden.**

Gegen kriminelle Taten gibt es ein ausreichendes Arsenal der Strafgesetze. Gegen Ausbeutung gibt es die juristischen Hilfsmittel des Privat- und Arbeitsrechtes. Da Sexarbeit hier jedoch bisher nicht bzw. unzureichend geregelt bzw. anerkannt ist, ergeben sich Grauzonen in denen Ausbeutung stattfindet. Die sind aber nicht Problem von Sexarbeit *per se*, sondern von der sie umgebenden Doppelmoral und Ausgrenzung. Es wird quasi der Sexarbeit viele gesellschaftliche Regelungsinstrumente vorenthalten, um dann die archaische Selbstorganisation um so härter abstrafen zu können.

Wenn Prostitution, dann muss sie wie folgt reguliert werden:

- **Keine abhängige Beschäftigung von Prostituierten, sondern ausschließlich selbständige Tätigkeit ohne Weisungsbefugnisse Dritter.** Begründung: Bei der Intimsphäre Sexualität kann und darf es keine Weisungsbefugnisse oder gar ein Weisungsrecht geben.
- **Strafrechtliche Verfolgung jeglicher Eingriffe in das Selbstbestimmungsrecht sowie jeglicher Einschränkung der Dispositionsfreiheit von Prostituierten.** Begründung: s.o.! Außerdem: Alles, was über die Vermietung von Zimmern und Infrastruktur hinausgeht, ist somit sexuelle Ausbeutung oder dirigistische Zuhälterei und obliegt damit der Kontrolle durch die Polizei. Das erleichtert auch die Identifizierung von Menschenhandelsopfern.
- In diesen Zusammenhang gehört auch die **Aufhebung des „Vermieterprivilegs“, das es Betreibern sogenannter Laufhäuser und anderer Prostitutionsstätten ermöglicht, horrenden Zimmermieten zu verlangen.**

Der Markt regelt hier die Preise. Da das Gemeinwesen sich zum Zwecke der Prostitutionseindämmung auf Sperrgebietsverordnungen verständigt hat, bleiben vielerorts nur kasernenähnliche Toleranzzonen mit entsprechender Monopolsituation von einheimischen Immobilienbesitzern und Vermietern.

Wenn der Gesetzgeber alle unternehmerische Mehrleistung außer Vermietung als Förderung der Prostitution bzw. dirigistische Zuhälterei kriminalisiert, braucht er sich nicht zu wundern, wenn neue und teilw. Anspruchsvol-

le/belastende Arbeitsformen wie Laufhaus und FKK-Club entwickelt werden.

- **Heraufsetzung des Schutzalters Heranwachsender in der Prostitution auf 21 Jahre.** Laut § 180 („Förderung sexueller Handlungen Minderjähriger“) im Strafgesetzbuch macht sich bislang nur strafbar, wer „eine Person unter achtzehn Jahren bestimmt, sexuelle Handlungen gegen Entgelt an oder vor einem Dritten vorzunehmen“. Das betrifft Zuhälter und Bordellbetreiber. Laut § 182 („Sexueller Missbrauch von Jugendlichen“) macht sich bislang nur strafbar, wer „eine Person unter sechzehn Jahren“ durch sexuelle Handlungen gegen Entgelt missbraucht. Das betrifft Freier. Begründung für die Heraufsetzung des Schutzalters auf 21 Jahre: Die Erfahrungen von SOLWODI und Ermittlungsbehörden zeigen, dass je älter eine junge Frau ist, sie desto weniger auf die falschen Versprechungen und die vorgegaukelte Liebe eines Zuhälters hereinfällt. Außerdem: Auch im Jugendstrafrecht und beim „Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung“ (§ 232 StGB) gelten Heranwachsende erst mit 21 Jahren als erwachsen. Folge der Heraufsetzung des Schutzalters: Einerseits vorbeugende Erschwerung des Einstiegs in die Prostitution; andererseits Ausweitung der Strafverfolgungsmöglichkeiten gegen Zuhälter und Bordellbetreiber sowie Ermöglichung der Strafverfolgung von Freiern, die mit Prostituierten unter 21 Jahren verkehren.

Das würde die unter 21jährigen Prostituierten noch abhängiger machen von prekären Arbeitsformen wie Straßenstrich oder illegaler Geheimprostitution.

- **Bestrafung von Freiern, die wissentlich mit Zwangsprostituierten verkehren.** Die generelle Bestrafung von Freiern – in Schweden seit 1999 Gesetz – lässt sich in Deutschland nicht durchsetzen. Die derzeitige Bundesregierung wollte im Rahmen ihrer ProstG-Reform wenigstens diejenigen Freier bestrafen, die wissentlich mit Zwangsprostituierten verkehren. Dagegen wird ins Feld geführt: Wenn die Freier belangt werden, würden sie nicht mehr bei der Identifizierung von Menschenhandelsopfern und bei der Entlarvung von Menschenhändlern helfen. Diese Argumentation ist widersinnig, findet SOLWODI. Ein Freier, der die Zwangslage einer Prostituierten erkennt und darum auf ihre Dienste verzichtet, macht sich ja nicht strafbar. Schon gar nicht, wenn er dem Frauenhandelsopfer hilft, die Täter anzeigt und gegen sie aussagt. Außerdem meinen wir: Nur was gesetzlich als Unrecht definiert ist, schafft auch ein Unrechtsbewusstsein.

Das was die Polizei nur schwer selbst erkennen und Staatsanwälte oftmals nicht beweisen können soll jetzt der Freier beurteilen können, um nicht straffällig zu werden. Hier wird neben Sexarbeiterinnen und Betreibern eine weitere Gruppe kriminalisiert. Letztlich werden unter den wirtschaftlich-sozialen Folgen die wirtschaftlich Schwächsten, die Sexarbeiterinnen am meisten zu leiden haben.

- **Wiedereinführung der regelmäßigen Pflichtuntersuchung von Prostituierten, verbunden mit psycho-sozialen Beratungsangeboten in den Gesundheitsämtern.** Begründung: Die Wiedereinführung der vielerorts abgeschafften Pflichtuntersuchung ist auch wegen der zunehmenden Geschlechtskrankheiten als Folge des von Freiern favorisierten ungeschützten Geschlechtsverkehrs nötig, vor allem aber wird sie von Prostituierten selbst gewünscht. Der regelmäßige Gang zum Gesundheitsamt ist für die Frauen oft die einzige Möglichkeit, sich Zuhältern und Bordellbetreibern zu entziehen.

Als erstes wird von den Sexarbeitern gewünscht, nicht ihre Kunden zu kriminalisieren. Zwangsuntersuchungen waren historisch oft ein Reglementierungsmodell für Männer wie z.B. die Kampfbereitschaft der Armee, und gegen Sexarbeiter und freie Frauen, die sich nicht den Kasernierungsbestrebungen des Staates fügen wollten.

- **Staatlich finanzierte, flächendeckende Ausstiegsberatung für Prostituierte sowie spezielle Qualifizierungs- und Förderprogramme für den Einstieg in ein normales Berufsleben.**

Solange Frauen in der Arbeitswelt durchschnittlich 25 bis 30 % weniger als Männer verdienen wird es den Bedarf nach Arbeitsplätzen in der teilweise lukrativen und flexiblen, kinderkrippenöffnungszeit-kompatiblen Sexarbeit geben.

Auch geförderte und institutionalisierte Einstiegsberatung und berufsbegleitende Erwachsenenfortbildung für Frauen in der Sexarbeit sind erforderlich, will man vermeiden, daß Frauen in der Sexarbeit langfristig Fehler machen und beruflichen Schaden nehmen.



Im Namen der Menschenwürde:

SOLWODI-Kampagne für eine Reform des Prostitutionsgesetzes

3. Argumentationspapier

Unsere Kampagne beruht auf Informationen und Überlegungen, die wir im folgenden Text zusammengestellt haben. Er richtet sich an LeserInnen, die sich vertiefend informieren wollen, um besser argumentieren zu können.

Inhaltsangabe

- 3.1. Das ProstG und seine Folgen
- 3.2. Die Reformvorschläge der Bundesregierung von Januar 2007
- 3.3. Die Situation im Spätherbst 2008
- 3.4. Ein Blick ins Ausland
- 3.5. Selbstbestimmungsrecht versus Menschenwürde? Ein rechtsphilosophischer Exkurs
- 3.6. Der Augsburger Weg
- 3.7. Von was SOLWODI träumt . . .

3.1 Das ProstG und seine Folgen

Das im Januar 2002 in Kraft getretene rot-grüne Prostitutionsgesetz hatte den Anspruch der Besserstellung von sich freiwillig prostituierenden deutschen und ausländischen Frauen, die sich legal in Deutschland aufhalten. Das sollte u. a. durch Folgendes erreicht werden:

- Die bisherige Bewertung der Prostitution als „sittenwidriges“ und damit „unwirksames Rechtsgeschäft“ wird aufgehoben. „Sind sexuelle Handlungen gegen ein vorher vereinbartes Entgelt vorgenommen worden, so begründet diese Vereinbarung eine rechtswirksame Forderung.“
- Die „Förderung der Prostitution“ als Straftatbestand wird aufgehoben; nur noch die schwere Ausbeutung von Prostituierten steht unter Strafe.
- Durch die Abschaffung des Straftatbestandes der Förderung von Prostitution soll ermöglicht werden, die Tätigkeit von Prostituierten in „geordneten Beschäftigungsverhältnissen“ zu organisieren.
- Die Arbeitgeber haben ein „eingeschränktes Direktionsrecht“.
- In der Begründung zum ProstG wurde empfohlen, den Ausstieg aus der Prostitution zu erleichtern und zu fördern.
- Darüber hinaus war auch intendiert, durch die Unterscheidung zwischen freiwilliger und erzwungener Prostitution die Opfer von Menschenhandel besser identifizieren und die Täter effektiver strafrechtlich verfolgen zu können.

Mittlerweile hat sich herausgestellt, dass sich bundesweit nur eine Handvoll Prostituierte bei der Sozialversicherung angemeldet hat. Es sind keine Klagen vor Zivilgerichten wegen nicht gezahlter Freier-Entgelte bekannt geworden. Die Bundesregierung beziehungsweise die für die Finanzierung von Ausstiegsprogrammen zuständigen Länderregierungen sind bislang kaum tätig geworden, um die verschwindend geringen Angebote für die besonders schwer in die herkömmlichen Berufsbildungsangebote zu integrierende Zielgruppe der Prostituierten zu mehren. Erschwerend kommt hinzu, dass die Polizei durch die Streichung des Strafrechts-Paragraphen „Förderung der Prostitution“ weniger Kontroll- und Zugriffsmöglichkeiten für die Befreiung von Zwangsprostituerten aus dem Rotlichtmilieu hat. Nicht nur SOLWODI, auch die Polizei beklagt: Das ProstG habe nicht die Prostituierten besser gestellt, sondern Zuhälter und Bordellbetreiber.

Dazu der **Augsburger Kripochef Klaus Bayerl** im Juni 2008 in einem auf einer internationalen Tagung zum Thema Menschenhandel in Donetsk, Ukraine, gehaltenen Vortrag: „Das Rotlichtmilieu ist seit Jahren bestrebt, sein Image aufzubessern und damit den kriminellen Dunstkreis zu verlassen. Man ist darauf bedacht, sich nach außen einen legalen Anschein zu geben. Diese Strategie verfehlte ihre Wirkungen nicht. Mit dem Prostitutionsgesetz von 2002 hat der Gesetzgeber die Scheinlegalität sanktioniert und Bordellbetriebe als normale Geschäftsbetriebe eingestuft. Auch Gerichte sind dieser Einschätzung gefolgt und haben entschieden, dass das Verhältnis zwischen Prostituierten und Zuhältern bzw. Bordellbetreibern weitgehend dem regulären Beschäftigungsverhältnis zwischen einem Arbeitnehmer und einem Arbeitge-

ber mit Weisungsbefugnis gleicht. Damit wurde die Rechtsposition der Bordellbetreiber und Zuhälter nachhaltig gestärkt und leider die der Prostituierten deutlich geschwächt."

3.2 Die Reformvorschläge der Bundesregierung von Januar 2007

Seit Herbst 2005 regiert in Berlin eine schwarz-rote Bundesregierung. Und im Januar 2007 stellte die Bundesfrauenministerin Ursula von der Leyen (CDU) unmissverständlich klar: „Prostitution ist kein Beruf wie jeder andere – Ausstieg ist das Ziel!“ Aus Sicht der Bundesregierung, so Ursula von der Leyen damals, gebe es „folgenden Handlungsbedarf, um den Schutz von Prostituierten wirksam zu verbessern“:

- Die Bundesregierung wird prüfen, wie sie im Rahmen ihrer Zuständigkeit den Ausstieg aus der Prostitution durch **Ausstiegshilfen** und Programme besser unterstützen kann. Ausstiegswillige Prostituierte sollen es künftig leichter haben, in Qualifizierungsmaßnahmen und Förderprogramme zu kommen.
- Der **Schutz der Opfer** von Menschenhandel und Zwangsprostitution muss weiter verbessert werden. Wer Zwangsprostituierte oder Menschenhandelsopfer zur Prostitution ausnutzt, muss dafür strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden. Hierzu soll eine angemessene Lösung zur Regelung der Strafbarkeit der Freier von Zwangsprostituierten geschaffen werden.
- Der strafrechtliche Schutz von **Jugendlichen** vor sexuellem Missbrauch durch Prostitution wird erheblich verbessert. Künftig werden Sexualkontakte Erwachsener mit Minderjährigen gegen Entgelt oder unter Ausnutzung einer Zwangslage bis zu einem Alter des Opfers von 18 Jahren (gegenüber bislang 16 Jahren) nach § 182 Abs. 1 StGB unter Strafe gestellt.
- **Arbeitsvermittlung** rund um die Prostitution soll **ausgeschlossen** werden; Prostitution darf rechtlich nicht als zumutbare Option zur Sicherung des Lebensunterhalts gelten.
- Die Bundesregierung wird prüfen, ob die Strafdrohungen für die verschiedenen Formen der Ausbeutung von Prostituierten und die **Zuhälterei** im richtigen Verhältnis zueinander stehen. Auch das Vermieterprivileg wird überprüft werden. "Wer ausbeuterische Vermietung für Prostituierte betreibt, muss genauso streng bestraft werden können, wie jemand, der ausbeuterische Arbeitsbedingungen für Prostituierte festlegt. Alle Formen der Ausbeutung von Prostituierten sind gleichermaßen strafwürdig", erklärte von der Leyen.
- Die bestehenden rechtlichen Mittel des Gaststätten-, des Gewerbe- sowie des Polizei- und Ordnungsrechts müssen besser genutzt und

ausgebaut werden. "Für jedes Bierzelt braucht man eine Genehmigung, aber ein Bordell kann man ohne Erlaubnis betreiben, das ist nicht akzeptabel. Wer ein Bordell als Gewerbe anmeldet, muss dann mit strengen Kontrollen über das Gewerberecht rechnen", sagte von der Leyen. "Deshalb werden wir gemeinsam mit den Ländern prüfen, wie das **Gewerberecht** zum Beispiel mit der Einführung einer **Genehmigungspflicht für Bordelle** und bordellartige Betriebe verändert werden kann."

3.3 Die Situation im Spätherbst 2008

SOLWODI begrüßte im Januar 2007 die meisten der von der Bundesfrauenministerin in Aussicht gestellten Maßnahmen, besonders aber die Bestrafung der Freier von Zwangsprostituierten, die Heraufsetzung der Altersgrenze bei Sexualkontakten Erwachsener mit Minderjährigen gegen Entgelt und die Ausstiegshilfen für Prostituierte. Skeptisch allerdings beurteilte SOLWODI die **Konzessionierung von Bordellen**. Wir bezweifeln, dass Bau-, Ordnungs- und Finanzämter es leisten können bzw. wollen, Zwangssituationen von Frauen zu entdecken. Unsere Erfahrungen mit der vergleichbaren Konzessionierung internationaler Heiratshändler zeigen: Dass gewerbe-, ordnungs- und baurechtlich nichts auszusetzen war, hat nichts an der verzweiferten Lage der gehandelten Frauen geändert. Vor allem aber befürchten wir, dass die erteilte Erlaubnis zum Eröffnen und Führen eines Bordells sowie die erfolgreich absolvierte „Zuverlässigkeitsprüfung“, die BefürworterInnen der Konzessionierung zwischenzeitlich angeregt haben, die Bordelliers noch gesellschaftsfähiger macht und es ihnen unter dem Deckmantel der „sauberen Geschäftsführung“ noch ungestörter möglich ist, Frauen auszubeuten.

Das Für und Wider der Bordell-Konzessionierung ist immerhin in einem Workshop des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) zum Thema „Regulierung von Prostitution und Prostitutionsstätten – Ein gangbarer Weg zur Verbesserung der Situation der Prostituierten und nachhaltigen Bekämpfung des Menschenhandels?“ erörtert worden. Doch von den anderen Reformvorhaben ist nichts zu hören. Dabei hatte der Bundesrat bereits am 10. März 2006 die Einbringung eines Gesetzentwurfes für ein „Strafrechtsänderungsgesetz Menschenhandel“ beim Bundestag beschlossen. Mit dem Gesetzentwurf sollte u.a. der Straftatbestand der Förderung der Prostitution wieder in das Strafgesetzbuch (StGB) eingefügt werden. Ferner sollte ein neuer Tatbestand gegen die sexuelle Ausbeutung von Menschenhandelsopfern geschaffen werden: durch die Ausdehnung der Strafbarkeit auf Freier, „die die durch eine Straftat des Menschenhandels geschaffene Lage der Opfer (auch im Ausland) zu sexuellen Handlungen ausnutzen“. Am 28. September 2006 hatte Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) in einem Zeit-Interview gesagt: „Nachdem wir in der vergangenen Legislaturperiode die Strafbarkeit des Menschenhandels umfassend neu geregelt haben, geht es jetzt darum, auch denjenigen bestrafen zu können, der als Freier die Zwangslage einer Prostituierten ausnutzt.“ Dabei gehe es nicht nur „um die Strafe selbst, sondern auch um einen Appell zu mehr Aufmerksamkeit und Verantwortung“.

Die Heraufsetzung des Schutzalters für Prostituierte schien im Januar 2007 verabschiedungsreif zu sein, denn die Bundesfrauenministerin Ursula von der

Leyen sagte damals: „Ein entsprechender Gesetzentwurf der Bundesregierung befindet sich bereits in der parlamentarischen Beratung. Heute kann jemand ungestraft die Dienste einer 16-Jährigen annehmen, das wird in Kürze nicht mehr möglich sein.“ In Kürze? Zurzeit, im Spätherbst 2008, ist es immer noch möglich! Überhaupt ist der Markt der Möglichkeiten groß, auf dem Prostituierte ausgebeutet werden. Es folgen zwei Beispiele.

Erstes Beispiel. **Sr. Leoni Beving, die Leiterin der Duisburger SOLWODI-Beratungsstelle** hat recherchiert, dass es in Duisburg 1994 in Bordellen und Wohnungen 120 angemeldete Zimmer für Prostitution gab; heute sind es 378 Zimmer. Die Prostituierten zahlen zwischen 80 und 100 € Zimmermiete am Tag. Hinzu kommen 10 € Pauschalsteuer täglich. Die Freier lassen sich für Dumpingpreise zwischen 20 und 35 € pro Geschlechtsakt mit und ohne Sonderwünsche bedienen. Zudem müssen die Frauen auch noch die Hälfte ihrer Einnahmen an Zuhälter abtreten.

Zweites Beispiel. Nach Inkrafttreten des ProstG sind in diversen deutschen Großstädten, aber auch in der Provinz Großbordelle errichtet worden, die sich meist „Wellness-Clubs“ oder „**FKK-Clubs**“ nennen. Mit hohen Investitionen wurden sie edel eingerichtet und mit Whirlpools, Saunen, Fitness-Studios etc. ausgestattet, um neue Kundenschichten zu erschließen, die ein herkömmliches Bordell für gewöhnlich nicht betreten: Im luxuriösen Wellness-Bereich erscheint alles so sauber und legitim – warum sich nicht umfassend verwöhnen lassen? Laut **Kriminaldirektor Klaus Bayerl** geht dieses Konzept in der Praxis voll auf. Der monatliche Reingewinn betrage selbst bei kleineren Häusern mindestens 100.000 Euro. Die in diesen „Wellness-Betrieben“ tätigen Frauen, so der Experte, unterliegen einer nahezu lückenlosen Kontrolle durch ein ausgeklügeltes System aus Videokameras, Bordell- und Security-Personal. Die Frauen müssen sich ausschließlich unbekleidet in den Häusern bewegen, dürfen nicht telefonieren und dürfen nur mit Genehmigung der Geschäftsleitung nach draußen. Die Arbeitszeiten betragen bis zu 16 Stunden täglich; die Sexualpraktiken sind vorgeschrieben, und Freier dürfen nicht abgelehnt werden. Klaus Bayerl zieht das Fazit: „Auf die Würde oder Belange der Frauen wird keinerlei Rücksicht genommen, im Vordergrund steht ausschließlich der Profit. Die Prostituierte wird nur als Produktfaktor gesehen und entsprechend schlecht behandelt.“

Wenn in einer Brotbackfabrik eklatante Mißstände aufgedeckt werden so wird keiner fordern das Bäckereigewerbe abzuschaffen wie es SOLWODI für Prostitution fordert (vgl. den Fall von Günther Wallraff bei der Brötchenfabrik Weinzheimer für Lidl).

3.4 Ein Blick ins Ausland

Im Gegensatz zu Deutschland spielen in Schweden und Frankreich im öffentlichen Diskurs über Prostitution Begriffe wie „Kolonisierung des Körpers“, „Menschenwürde“ und „Männergewalt“ eine zentrale Rolle.

In Schweden wird Prostitution generell als Männergewalt gegen Frauen definiert. Darum werden dort nicht die Prostituierten bestraft, sondern die Freier (alle Freier und nicht nur die von Zwangsprostituierten wie in Deutschland geplant). Langfristiges Ziel dieses 1999 in Kraft getretenen Gesetzes jedoch ist die Abschaffung der Prostitution mittels einer Bewusstseinsänderung bei

der Bevölkerung. Die Kriminalisierung der Freier zeige Wirkung, meldete *SpiegelOnline* im November 2007: 80 Prozent der SchwedInnen seien im Namen der Menschenwürde von „körperlich und seelisch ausgenutzten“ Prostituierten gegen Prostitution; bereits Grundschulkinder lernten, dass es Unrecht ist, Frauen für Sex zu kaufen. „Die kommende Generation in Schweden wird so etwas für noch viel seltsamer halten als wir es heute tun“, zitiert *SpiegelOnline* den Stockholmer Polizei-Experten Jonas Trolle, der sich freut: „Wir haben heute deutlich weniger Prostitution als unsere Nachbarländer.“

Mehr noch: „Kaum ein EU-Land hat weniger Probleme mit Menschenhandel“, schreibt *SpiegelOnline*. „Laut Polizei werden heute 400 bis 600 Ausländerinnen im Jahr zu Prostitution nach Schweden gebracht. Im nur halb so großen Finnland sollen es zwischen 10.000 und 15.000 Frauen sein. Jetzt wird dort über ein Gesetz nach schwedischem Muster nachgedacht. Ebenso in Norwegen: Die regierende Arbeiterpartei will auf diese Weise den Handel vor allem mit Frauen aus Nigeria bekämpfen.“

Auch in Frankreich wird von immer mehr BürgerInnen das schwedische Modell favorisiert. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen im April 2007 hatte die sozialistische Kandidatin Ségolène Royal für den Fall ihres Wahlsiegs einen Gesetzentwurf zur Freierbestrafung angekündigt. Vor der Fußballweltmeisterschaft in Deutschland demonstrierten am 30. Mai 2006 Tausende vor der deutschen Botschaft in Paris und übergaben eine Liste mit 125.000 Unterschriften gegen den deutschen Weg der Legalisierung von Prostitution, obwohl diese eine Verletzung der Menschenwürde sei.

Laut dem Bericht der schwarz-roten Bundesregierung zu den Auswirkungen des rot-grünen ProstG lassen sich in Europa „vier mögliche Bewertungen der Prostitution voneinander unterscheiden:

- Prostitution als Verletzung der Menschenwürde,
- Prostitution als Verstoß gegen die Moral bzw. gegen die guten Sitten,
- Prostitution als autonome Entscheidung zu einer riskanten Tätigkeit,
- Prostitution als Beruf wie jeder andere.“

3.5 Selbstbestimmungsrecht versus Menschenwürde?

Ein rechtsphilosophischer Exkurs

So weit, die Prostitution als einen Beruf wie jeden anderen anzuerkennen, wie von Teilen der GRÜNEN gefordert, wollte die SPD nicht gehen. Und so wurde am 18. Oktober 2001 mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN, FDP und PDS als Kompromiss ein Prostitutionsgesetz verabschiedet, das die freiwillige ausgeübte Prostitution legalisiert und reguliert.

In ihrem Bericht über die Auswirkungen des rot-grünen ProstG gibt die derzeitige schwarz-rote Bundesregierung zu bedenken: „Prostitution ist überwiegend eine physisch und psychisch belastende, risikoreiche und auch gefährliche Tätigkeit, die nicht selten von besonders vulnerablen Gruppen ausgeübt wird. Dies wird durch die Befragung der Teilpopulation Prostituierte im Rahmen (...) einer Untersuchung zu Lebenssituation, Sicherheit und Ge-

sundheit von Frauen in Deutschland nachdrücklich bestätigt. Diese Gruppe wies deutlich mehr Belastung durch Gewalt in der Kindheit, sexuelle Gewalt, Gewalt in Beziehungen und am Arbeitsplatz auf. (...) Es ist darüber hinaus eine soziale Realität, dass viele Prostituierte sich in einer sozialen und psychischen Situation befinden, in der es fraglich ist, ob sie sich wirklich frei und autonom für oder gegen diese Tätigkeit entscheiden können.“

Die sog. „**Falle Prostitution**“ wird durch die Gesellschaft erst erschaffen.

Zu der zitierten Studie unter Mitwirkung von Prof. Dr. habil Margrit Brückner sind methodologisch schwere Bedenken vorzubringen. So wurde die Stichprobe über Beratungsstellenkontakte selektiert und drogengebrauchende SexarbeiterInnen in einer nicht repräsentativen übergroßen Anzahl herangezogen und dies unzureichend gekennzeichnet. Vgl. folgenden Bericht Seite 13:

www.kok-potsdam.de/data/Medien/AuswirkungenProstGHowe01.07.08.pdf
www.sexworker.at/phpBB2/viewtopic.php?p=41150#41150

Trotz dieser Erkenntnisse hat sich die Regierungskoalition aus CDU/CSU und SPD nicht dazu entschlossen, das rot-grüne ProstG zu kippen und beispielsweise den schwedischen Weg zu beschreiten. Sie will es lediglich reformieren. Dabei stützt sich die Bundesregierung auf ein **Rechtsgutachten von Prof. Dr. Joachim Renzikowski**, der wie folgt argumentiert: Nach dem Menschenbild des Grundgesetzes erscheine der Mensch als eine „auf Freiheit und Selbstverantwortung angelegte Person“. Darum müsse „die freiwillige Ausübung der Prostitution als autonome Entscheidung vom Recht anerkannt“ werden. „Streiten mag man darüber, ob und inwieweit **die Prostitution Ausdruck einer geschlechtshierarchischen Gesellschaftsstruktur** ist.“

Es lässt sich über einiges mehr streiten. Zum Beispiel über die Konsequenzen des ersten – und damit bedeutendsten – Artikel des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen, ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Darf diese Verpflichtung so weit gehen, wie in einem legendären Gerichtsurteil in Frankreich geschehen, das es einem Kleinwüchsigen unter Berufung auf die Menschenwürde untersagte, sich auf Jahrmärkten gegen Gage als „Wurfgeschoss“ für „**Zwergen-Weitwurf-Wettbewerbe**“ zu verdingen? Nein! meinen RechtsexpertInnen, die Menschenwürde nicht als überpersonales ethisches Prinzip verstehen, sondern als eine aus dem personalen Selbstbestimmungsrecht resultierende Lebensqualität verstanden wissen wollen. Es fragt sich nur, wann Selbstbestimmung aufhört und Fremdbestimmung anfängt.

War es wirklich eine autonome Entscheidung des kleinwüchsigen Franzosen, sein Geld als Wurfgeschoss zu verdienen, oder entschied er sich dazu gezwungenermaßen, weil ihm der behindertenfeindliche reguläre Arbeitsmarkt keine anderen Verdienstmöglichkeiten bot? Setzt eine autonome Entscheidung nicht eine **echte Wahlfreiheit** voraus, statt „Lebensverhältnisse, in denen der gegenwärtige Zustand der Unterdrückung mit einem früheren Zustand der Freiheit nicht verglichen werden kann“?

In solchen Lebensverhältnissen, schreibt der **Rechtsphilosoph Paul Tiedemann** in seinem Buch *Was ist Menschenwürde?*¹, „leben die Menschen alternativlos und unentrinnbar in einem **Zustand permanenter Depersonalisation**“. Das gelte etwa für die zahlreichen Frauen aus Nord- und Schwarzafrika, die als kleine Mädchen Opfer von **Genitalverstümmelung** geworden seien. Eine repräsentative Umfrage unter erwachsenen Ägypterinnen habe ergeben, dass 97 Prozent beschnitten waren, aber nur 13 Prozent diese barbarische Verstümmelung ablehnten, während 82 Prozent sie entschieden befürworteten. Tiedemann: „Hier zeigt sich eine **Identifikation mit dem Unterdrücker**, [Mit dem sog. **Stockholm-Syndrom** könnte man auch gegen den zu hinterfragenden Ruf mancher Sexworker nach Wiedereinführung der Zwangsuntersuchung argumentieren. Vielfach ist das Motiv die ausländische und clandestin-nebenberufliche SW-Konkurrenz zu reduzieren, solange es keinen Branchenschutz etwa durch ein Entsendegesetz, Green-Card-Regelungen oder Verkammerung gibt.] die für ägyptische Frauen zur Aufrechterhaltung zumindest des Surrogats eines sinnvollen Lebens wichtig ist. Die Einstellung zur Genitalverstümmelung ist nicht vom Bildungsstand abhängig, sondern allein davon, ob die Frauen glauben, der Situation, in der sie leben, entrinnen zu können oder nicht. **Alternativlosigkeit führt zur Gefügigkeit**. Der fremde Wille tritt in einer radikalen und jede Distanzierungsmöglichkeit ausschließenden Weise an die Stelle des eigenen Willens.“ (Tiedemann 2006, S. 123)

Das trifft auch auf diejenigen Prostituierten zu, die – obwohl sie von Zuhältern und Bordellbetreibern fremdbestimmt und ausgebeutet werden – bei Befragungen beteuern: Sie täten es freiwillig und sie täten es gern.

Auch hier wird man nicht alle Sexarbeiterinnen mit Zuhälter/Partner/ Manager/Ausbeuter pauschalisieren dürfen, sondern wird jeden einzelnen Fall und jede Sexarbeiterin in ihrem persönlichen Kontext würdigen müssen.

In der Philosophie **Immanuel Kants** (1724-1804) ist die ethische Grundnorm der „kategorische Imperativ“. Er gebietet, so zu handeln, dass die Handlungen nicht nur Mittel zu einem Zweck sind, sondern an sich gut. Die sprichwörtliche **Devise „Der Zweck heiligt die Mittel“ widerspricht dem kategorischen Imperativ**, von dem Kant verschiedene Formeln entwickelt hat. Die wohl bekannteste lautet: „Handle so, dass die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelte könne.“ Sowohl in seinen früheren Arbeiten als auch in aktuellen Texten betont **Heiner Bielefeldt, Direktor des Deutschen Instituts für Menschenrechte**, die Zentralität sowie die absolute Bedeutung des kategorischen Imperativs für das Verständnis der Menschenwürde und deren Begründung als Fundament der Menschenrechte – bzw. als Basis eines für alle vernunftbegabten Wesen gültigen „Sittengesetzes“, um es im Sprachduktus Kants zu formulieren.

Diese historische Naturrechtslehre stößt bei der Diversität der heutigen Lebensweisen und Identitäten an ihre Grenzen.

„Sein imperativer Charakter manifestiert sich darin, dass er dem Menschen – ob er es will oder nicht – Achtung abnötigt. Diese Achtung bezieht sich immer zugleich auf den Menschen als sittliches Subjekt und als Träger einer Würde, die genauso unbedingten Respekt verlangt wie das Sittengesetz

¹ TIEDEMANN; Paul. 2006. „Was ist Menschenwürde? Eine Einführung.“ Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

selbst. Der kategorische Imperativ kann daher auch wie folgt formuliert werden: ‚Handle so, dass du die Menschheit sowohl in deiner Person als auch in der Person eines jeden anderen jederzeit zugleich als Zweck, niemals bloß als Mittel brauchst.‘ (...) Mit anderen Worten: die Würde des Menschen ist nicht nur ein ethischer Wert neben anderen. Vielmehr repräsentiert sie selbst den unbedingten Achtungsanspruch, den das Sittengesetz stellt. Während alle anderen Werte oder Güter unter Umständen gegeneinander abgewogen werden können, **entzieht sich die Menschenwürde deshalb jeder ethischen Abwägung (...** **‚Im Reich der Zwecke‘**, schreibt Kant, **‚hat alles entweder einen Preis oder eine Würde.‘** Was einen Preis hat, an dessen Stelle kann auch etwas anderes als Äquivalent gesetzt werden; was dagegen über allen Preis erhaben ist, mithin kein Äquivalent verstattet, das hat Würde.‘ “ (Bielefeldt 2004, S. 147-148).²

Viele Menschen verkaufen ihre Dienstleistungen, ja sogar Meinungen und Entscheidungen. Die sexuellen Dienstleistungen sind hier das kleinere Übel gegenüber der eigentlichen, nichtsexuellen Prostitution. Gegen Sexwork sollte -verhaftet in einer traditionellen Sexualmoral- kein Stellvertreterkrieg gegen SexarbeiterInnen, Betreiber und Freier als Sündenböcken geführt werden. Die Probleme und Komplexität der globalisierten, postkapitalistischen Moderne lassen sich so wohl kaum lösen.

Aus dieser Definition der Menschenwürde nach Kant zieht Bielefeldt den folgenden Schluss: „Eine Missachtung der Menschenwürde liegt beispielsweise dann vor, wenn ein Mensch durch andere Menschen völlig **verdinglicht** wird, d.h. wenn ihm der Anspruch verweigert wird, inmitten all der sachlich funktionalen Bezüge, die unser gesellschaftliches Leben unvermeidlich ausmachen, ‚jederzeit zugleich als Zweck‘, d.h. als eigenständiges Subjekt behandelt zu werden.“ (Bielefeldt 2004, S. 150).

Viele Sexworker sind frei und aufgeklärt handelnde Individuen. Hört auf die Stimmen und Selbstbezeugungen der Sexworker. Schenkt ihnen Respekt. Unterstützt Sexworker eine starke Selbstinteressenvertretung zu formieren. Redet mit Sexworkern und nicht über sie. Sexworker sind nicht das Problem. Sie sind Teil der Lösung.

3.6 Der Augsburger Weg

Den Argumentationen Tiedemanns und Bielefeldts zufolge dürfte ein demokratischer Rechtsstaat wie die Bundesrepublik Deutschland die Prostitution eigentlich nicht legalisieren: Weil viele der angeblich selbstbestimmt tätigen Prostituierten gar keine Wahlmöglichkeit im Sinne des von Prof. Renzikowski angeführten, durch Freiheit und Selbstverantwortung geprägten Menschenbildes im Grundgesetz haben. Stattdessen haben Prostituierte einen Preis, der sie zum Objekt degradiert.

² BIELEFELDT; Heiner. 2004. „Die Menschenwürde als Fundament der Menschenrechte“. In: *Jahrbuch Menschenrechte 2005*. Hrsg. DEUTSCHES INSTITUT FÜR MENSCHENRECHTE, 143-155, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Nur ein Sklave hat einen Preis und ist eine Sache. Die Prostituierte als Geschäftssubjekt gibt ihrer inszenierten Dienstleistung einen Preis. Dies ist ihre Kompetenz wenngleich es auch der Tabubruch ist, den die Moral bestraft.

Die Verdinglichung von Frauen in der Prostitution und die Unterwerfung des weiblichen Körpers unter den fremden Willen von Zuhältern, Bordellbetreibern und Freiern widerspricht nicht nur der „unantastbaren Würde des Menschen“, die im ersten Grundgesetzartikel garantiert wird, sondern auch dem Gleichberechtigungsgebot im dritten Grundgesetzartikel.

Es gibt auch genauso weibliche Betreiberinnen und männliche Sexarbeiter die vermittelt werden bzw. sich vermitteln lassen gegen eine zugewilligte Beschneidung vom Umsatz.

Auch darum dürfte Prostitution eigentlich nicht legal sein. Doch das ist sie in Deutschland, und dies lässt sich zurzeit nicht ändern. Dennoch muss so schnell wie möglich gehandelt werden, um wenigstens eine wirkungsvolle Verbesserung der Lebensumstände von Prostituierten zu erreichen. Deshalb tritt SOLWODI für einen gangbaren Weg ein, der vom „Augsburger Weg“ inspiriert ist.

Im Sommer 2006 hatte das **Augsburger Landgericht** die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen fünf Beschuldigte aus einem Großbordell mit Hinweis auf das im Januar 2002 in Kraft getretene rot-grüne Prostitutionsgesetz abgelehnt. Das ermittelnde Polizeiteam unter Leitung von **Kriminaldirektor Klaus Bayerl und dem Ersten Kriminalhauptkommissar Helmut Sporer** wollte die Vorschriften für Prostituierte in dem Großbordell als „dirigistische Zuhälterei“ ahnden. Zum Beispiel: vorgeschriebene Sexualpraktiken, Zuweisung der Freier ohne Ablehnungsmöglichkeit, Festsetzung der Preise, Arbeitszeiten von bis zu 16 Stunden täglich, Nacktgebot im Kontaktraum, Telefonierverbot, Videoüberwachung. All das bewertete das Landgericht als „**Weisungsrecht**“. Ein Gerichtssprecher rechtfertigte diese Entscheidung so: Seit Inkrafttreten des ProstG sei Prostitution eben ein „normales Gewerbe“. „Die Betreiber haben seitdem Regulationsmöglichkeiten und Kontrollbefugnisse.“ Juristisch sei ihnen nichts vorzuwerfen.

Darum fordert der Kripobeamte Helmut Sporer, der den „Augsburger Weg“ konzeptioniert hat, die **Aufhebung der Gleichstellung von Prostitution mit herkömmlichen Beschäftigungsverhältnissen**. „Mit der abhängigen Beschäftigung gehen die Frauen in die Sklaverei, vom Gesetzgeber gedeckt.“ Jeder Kenner der tatsächlichen Verhältnisse wisse, „wie das realitätsferne ‚eingeschränkte Weisungsrecht‘ im ProstG zu unterlaufen ist“ und dass „in der Praxis eine Trennung zwischen erlaubter und verbotener Einflussnahme seitens des Bordellbetreibers oder Zuhälters nicht möglich ist“. Es gebe nun einmal „Erwerbstätigkeiten, die nicht als abhängige Beschäftigung ausgeübt werden können“. Das lasse sich beispielsweise an Testpersonen für Medikamente verdeutlichen. „**Die Einnahme von Medikamenten, um deren Nebenwirkungen festzustellen, kann genauso wenig im Rahmen eines generellen Anordnungsverhältnisses verpflichtend geregelt werden wie die Anordnung von Geschlechtsverkehr.**“ Es sei menschenunwürdig, die Intimsphäre eines Menschen zur Disposition zu stellen und der Weisungsbefugnis anderer zu unterwerfen. Eine ProstG-Reform müsse verbindlich vorschreiben, „dass Prostituierte ausschließlich selbständig tätig sein dürfen“. Sporer: „Die einzige Regelung, die Prostituierte wirklich schützt, ist die Unterbindung jeglicher Einflussnahme Dritter auf sie und somit der unverhandelbare Schutz ihrer Intimsphäre.“ Ergo: „Jeder Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht einer Prostituierten“

ten und jede Einschränkung ihrer Dispositionsfreiheit muss strafrechtlich verfolgt werden.“

Prostituierte müssen geschützt werden und ihre völlige sexuelle Selbstbestimmung behalten, wenn sie selbstständig und frei mit einem Kunden eine sexuelle Dienstleistung aushandeln und erbringen.

Prostituierte müssen geschützt werden und sichere und zugleich angenehme Arbeitsstellen aufsuchen dürfen, um nicht ungeschützt allein in der Privatwohnung oder auf der Straße im menschenleeren Industriegebiet nach Kunden suchen zu müssen.

Dieser Spagat ist zu leisten. Dies müssen rechtliche Arbeitsregeln und Standards in der Sexarbeit leisten, die aber noch zu entwickeln sind und an denen Sexarbeiter mit einer starken Interessenvertretung und Betreiber mit ihren Vertretern mitwirken. Es braucht Mut und Courage um runde Tische einzurichten.

Darüber hinaus fordert Helmut Sporer die „Festsetzung eines **Mindestalters von 21 Jahren für Prostituierte**“, denn: „Die Manipulierbarkeit junger Frauen sinkt mit steigendem Alter.“ Außerdem plädiert Sporer für die Wiedereinführung der vielerorts abgeschafften regelmäßigen **Gesundheitsuntersuchung** von Prostituierten. Das diene ihrem eigenen Gesundheitsschutz, aber auch dem ihrer Kunden und deren Angehörigen. Zudem sei der Gang zum Gesundheitsamt oft die einzige Möglichkeit für Frauen in der Prostitution, sich dem Zugriff von Zuhältern und Bordellbetreibern zu entziehen. Daher sei es sinnvoll, **den Gesundheitsämtern Beratungsstellen für Prostituierte anzugliedern**.

Die Konzessionierung von Bordellen als Gewerbebetriebe, die von der Bundesregierung erwogen wird, hält der Augsburger Kriminalhauptkommissar „letztlich nicht für zielführend“. „Die Kriterien erfüllen die Betreiber der neuen Großbordelle, die meist als Wellness-Betriebe vermarktet werden, sofort. Die Möglichkeit, ihre Etablissements gewerbe- und bauordnungsrechtlich als Musterbetriebe darzustellen, ist eine Steilvorlage für diese Herren.“ Dass die Kontrolleure von Gewerbeaufsichts-, Bau-, Ordnungs- und Finanzämtern zugleich einen Blick darauf werfen, ob sich in den konzessionierten Bordellen Zwangsprostituierte aufhalten, erscheint dem Kripo-Experten illusorisch. „Sie können ihr Augenmerk nur auf ihr Fachgebiet richten. Straf- oder ausländerrechtliche Beurteilungen, Personenkontrollen, Fahndungsüberprüfungen, Platzverweise usw. können von Ordnungsbehörden nicht geleistet werden.“

Soll also wegen Behördenüberforderung die Sexarbeit wieder in die Grauzone verbannt werden?

Zum Thema Gewerbebetrieb erläutert Sporer außerdem: „Mit der Eingliederung in das Gewerberecht wird der Besonderheit dieser Branche nicht Rechnung getragen, vielmehr wird dieser Bereich schleichend bagatellisiert. Im Gegensatz zum ‚normalen‘ Gewerbe ist die **Prostitution faktisch ein Handel mit der Menschenwürde**, ein Geschäft mit dem intimsten Bereich und mit keinem anderen Geschäftsbereich vergleichbar. Wegen der enormen Verdienstmöglichkeiten ist Prostitution auch immer mit kriminogenen Faktoren verflochten. Im Bankensektor sind die Verdienstmöglichkeiten sicher höher. Kurz gesagt: **Der Kriminelle bewegt sich mit der gleichen Wahrscheinlichkeit im Umfeld der Prostitution wie die Motte im Licht.**“

3.7 Von was SOLWODI träumt . . .

Es wird immer wieder behauptet, Prostitution wäre das älteste Gewerbe der Welt. Alt ist sie, aber ein Gewerbe ist sie keinesfalls! Die amerikanische Historikerin **Gerda Lerner** belegte 1986 in ihrer Schrift *Die Entstehung des Patriarchats*, dass die **Prostitution vor rund 4000 Jahren im Zweistromland zwischen Euphrat und Tigris entstand**: durch die systematische Vergewaltigung der Mütter, Ehefrauen, Töchter und Schwestern von besiegten Kriegsgegnern. Nachdem sie vergewaltigt worden waren, wurden diese Frauen und Mädchen versklavt und dann zu Dirnen gemacht.

Vergewaltigung und Versklavung im Krieg dürfen nicht vermengt werden mit freier Berufswahl, wenn auch unter schwierigen und präkarisierenden Rahmenbedingungen.

Lerner zitiert in ihrem 1991 auf Deutsch bei Campus erschienen Buch (leider vergriffen) die älteste erhaltene Gesetzessammlung der Menschheit, den in eine Säule gemeißelte **Codex des babylonischen Königs Hammurabi** von etwa 1760 vor Christus. Auf dieser Säule steht u.a.: „Sowohl Gattinnen als auch Witwen, die auf die Straße hinausgehen, dürfen ihre Köpfe nicht entblößen. Töchter werden mit einem Kopftuch verhüllt sein. Eine Dirne wird nicht verhüllt sein. Ihr Kopf bleibt unverhüllt.“ Hier unternimmt ein weltlicher Herrscher es erstmals, die männliche Macht über Frauen zum Staatsgesetz zu erheben. Ein Gesetz, das eigentlich ein Bild ist, ein Straßenbild. Es erzählt: **Die verhüllte Frau ist der Besitz eines einzigen Mannes; die unverhüllte gehört allen Männern**; sich selbst gehört keine von beiden.

Diesen uralten Gesetzestext nimmt SOLWODI als Anlass zum Träumen – als Anlass für einen **Traum von der freien Frau**, die nicht Besitz von Männern ist, sondern im Vollbesitz ihrer Menschenrechte. Träumen Sie mit, liebe LeserInnen! Träumen Sie mit uns von einer Welt ohne Prostitution! Und lassen Sie uns gemeinsam den ersten kleinen Schritt in diese Richtung tun: die Beseitigung der menschenunwürdigen Verhältnisse, unter denen Prostituierte in Deutschland leiden! Kurzum: Solidarisieren Sie sich mit unseren Forderungen, und helfen Sie uns bei ihrer Durchsetzung!

Die Hetären waren die freien Frauen, die am kulturellen Leben der Männer selbstbewußt teilhatten. Ihr sexuelles Geschäft war Basis und Legitimation ihrer Freiheit. Eine Überwindung des Machismo und ein wichtiger Schritt der (wirtschaftlichen!) Emanzipation.

Die ökonomische Befreiung der Frau wird ohne das Recht auf Sexarbeit nicht zu verwirklichen sein. Zu leicht kann eine Frau unterdrückt werden wenn sie zur Hure definiert wird. Deshalb ist der Kampf der Huren, um Emanzipation und gegen Diskriminierung aufgrund Beruf, der Kampf aller Frauen.

4. Ein Kommentar zur SOLWODI-Kampagne:

Meine grundsätzliche Haltung zur Prostitution

Von Sr. Anna Mayrhofer

Die Autorin ist katholische Ordensfrau und Leiterin der SOLWODI-Fachberatungsstelle in Osnabrück.

Ich bin gegen die Prostitution, aber für die Prostituierten. Das ist keine Lebensweisenakzeptanz, die Menschen heilen kann. Das ist praktizierte Stigmatisierung als Sünderinnen oder Täterinnen, obwohl SexdienstleisterInnen nur körperlich inszenierte Liebe den Menschen schenken. Jede Stigmatisierung, Kriminalisierung oder moralische Abwertung von Prostituierten lehne ich entschieden ab. Trotzdem ist Prostitution für mich kein Beruf, da sie nicht mit der Würde des Menschen vereinbar ist. Es ist auch kein Beruf wie jeder andere. Er ist nicht für jeden geeignet. Er erfordert bestimmte Begabungen und erlernbare Spezialkompetenzen. Doch berufliche Qualifizierung ist tabu uns so sind Fehler und Unfälle quasi vorprogrammiert und werden von der Gesellschaft billigend in Kauf genommen. Die langfristige Ausübung der Prostitution schädigt die psychische und die physische Gesundheit von Menschen (auch der Freier) und hindert die Prostituierte an der Entfaltung ihrer Persönlichkeit. Das ist so, weil das gesellschaftliche Umfeld so prostitutionsfeindlich ist. In dem ausgegrenzten Graubereich ist Prostitution dann gezwungen sich selbst zu organisieren, was bisweilen sehr unkultiviert geschieht.

Frauen werden durch persönliche Notlagen, familiäre oder gesellschaftliche Bedingungen dazu gedrängt, sich zu prostituieren, um den Lebensunterhalt für sich oder andere zu verdienen. Sollte ein bedingungsloses Grundeinkommen gefordert werden? Gleichzeitig nutzen Zuhälter diese Notlagen aus und beuten die Frauen aus. Die Arbeitsmärkte müssen durch Sozialgesetze humanisiert werden. Sexarbeiterinnen müssen in die Gemeinschaft der Arbeitsschutzbedürftigen aufgenommen werden. Ich sehe deshalb meine Aufgabe nicht darin, Prostitution als Beruf zu fördern, sondern mit der einzelnen Frau nach alternativen Verdienstmöglichkeiten zu suchen. Gleicher Lohn und Bildungschancen ohne Diskriminierung von Geschlecht, sexuelle Orientierung oder aufgrund von Berufswahl Sexworker. Was ist mit unbezahlter Hausarbeit in der Zweckgemeinschaft Versorgungsehe?

Durch die langjährige Betreuung ausländischer Frauen, die in der Prostitution gearbeitet haben – meist gezwungenermaßen als Opfer von Menschenhandel Die Polizeistatistiken weisen eindeutig nach, daß die große Mehrheit der Frauen, die in die Sexarbeit interkontinental und pendelnd migrieren nicht mehrheitlich gezwungene Opfer sind – , weiß ich aus Erfahrung:

- Frauen, die Opfer von Menschenhandel werden, sind von materieller Armut betroffen und haben in ihrem Heimatland kaum Chancen, auf dem Arbeitsmarkt genug für ihren Lebensunterhalt und den ihrer Fami-

lien zu verdienen. Die Probleme der Globalisierung müssen Thema einer Weltinnenpolitik werden. Die Kirchen sind aufgerufen hier Hilfestellung zu geben.

- Viele dieser Frauen haben in ihrer Kindheit und Jugend massive Grenzüberschreitungen durch physische und psychische Gewalt erlitten. Als Folge davon sind sie **als Opfer prädestiniert**. Diese oft wiederholte These scheint mir wissenschaftlich mit empirischen Daten nicht beweisbar. Das heißt: Sie sind leicht abhängig zu machen, zu unterdrücken und auszubeuten. Richtig: wirtschaftliche Ausbeutung muß bekämpft werden, darf aber nicht gleichgesetzt werden mit Sexarbeit. Sie haben sich Verdrängungsmechanismen und Verhaltensweisen angeeignet, mit denen sie sich gegen Verletzungen und Entwürdigungen schützen, ohne sich diese bewusst zu machen. Darum **fehlt ihnen oft ein „Opferbewusstsein“**. Gewalt nehmen sie als „normal“ wahr. Gelegentlich ist ihre emotionale und geistige Reife nicht altersgemäß entwickelt. Sie wurden systematisch aus der Gemeinschaft der Bürger verdrängt und asozial gemacht. Jetzt darf man diese fatalen Folgen nicht erneut als Begründung gegen Sexwork scheinheilig vorbringen. Oder sie leiden an psychischen Behinderungen und Persönlichkeitsstörungen etc. Wie viele leidende oder sich nicht entfaltenkönnende Frauen gibt es in privaten Beziehungen und Ehen und sogar in den Ehen, die nicht arrangiert wurden.
- Den meisten dieser Frauen fehlt es an Selbstvertrauen und an einem Selbstwertgefühl, das sie befähigt, selbst über ihr Leben zu bestimmen und die Verantwortung dafür zu übernehmen. Dazu bedarf es in einer tabuisierten und verrufenen Branche auch quasi einer fast übermenschlichen Fähigkeit, die als erstes ein coming-out nach innen und dann eines nach außen erfordert. Doch die sozialen Folgen kann kaum jemand tragen. Es müßte spezielle Förderprogramme und Coming-out-Gruppen nach Vorbild der Homosexuellen Emanzipationsbewegung zumindest in allen Großstädten geben um dies nachhaltig zu verändern.
- Auch Frauen, die sich „freiwillig“ für die Prostitution entschieden haben, erleben wir bei SOLWODI – aufgrund erlittener Entwürdigung, Unfreiheit, Gewalt, Ausbeutung, Abhängigkeit etc. – als psychisch instabil, mit schlechtem Gesundheitszustand und psychosomatischen Beschwerden, mit gestörtem Sozialverhalten, mangelndem Selbstwertgefühl und Misstrauen gegenüber den Mitmenschen. Die Frauen, die stark und erfolgreich sind, klopfen nicht an bei Beratungsstellen. Sie wollen anonym profitieren, weil sie die Nichtanerkennung spüren. Nachhaltig in der Sexarbeit zu leben gelingt nur wenigen, weil es keine kulturelle Unterstützung gibt und die Förderung bis vor wenigen Jahren noch ein inkriminierender Strafgesetzbuchparagraph war.

Gestützt durch die Lebens- und Leidensgeschichten unserer Klientinnen, trete ich die These, dass **in der Praxis keine klare Trennlinie zwischen Prostitu-**

tion und Zwangsprostitution gezogen werden kann. Zu bekämpfende Sklaverei sollte klar erkennbar sein. Formen der Ausbeutung sind im Wirtschaftsleben überall schwer nachweisbar. Die Behauptung es gäbe keine Trennlinie ist Propaganda gegen Sexwork. Selbst die qualitätsvollen Betriebe sollen in den Schlamm herabgestürzt werden. Die Übergänge sind fließend und in jedem Einzelfall anders. Zwischen Schwarz und Weiß gibt es bekanntlich viele Grautöne. Wie auch immer: Nach langer Tätigkeit in der Prostitution scheitert die Reintegration und Resozialisierung nicht nur an fehlenden Angeboten von Ausstiegsprogrammen und damit Alternativen auf dem Arbeitsmarkt **hier werden Politik und Seelsorge beweisen können, zu welchen Taten und Hilfen sie fähig sind,** sondern auch an der schlechten physischen und psychischen Verfassung der Frauen.

Manchmal höre ich das Argument, dass Prostitution das älteste Gewerbe der Welt sei und sowieso nicht abzuschaffen wäre. Dann sollten wir auch nicht nach Gesundheit streben, weil uns Menschen schließlich seit Menschengedenken Krankheiten bedrohen. Und in meiner Eigenschaft als Christin möchte ich zu bedenken geben, dass wir Christen, obwohl der Mensch im Laufe der Geschichte immer Gewalt angewendet hat, trotzdem am Ideal der Gewaltfreiheit festhalten. Warum dann nicht auch an dem Ideal, dass Gott den Menschen nach seinem Abbild schuf, als Mann und Frau? Gott wollte, dass Männer und Frauen sich gegenseitig ergänzen. Dass das eine Geschlecht von dem anderen ausgebeutet und als Konsumartikel benutzt wird, wollte Gott ganz gewiss nicht.

Prostitution ist möglicherweise erst später entstanden mit der Kulturentstehung in Großstädten und Metropolen, also um die Zeiten von Geldentstehung und Urbanisierung. Unmittelbare soziale Kontrollen nahmen ab wie die Bevölkerungsdichte zunahm. Prostitution ist ein uraltes Kulturgut und gelebte Realität in fast allen Zivilisationen. Doch Kultur braucht Kultivierung um ihre befriedigende Potenz im Sinne des Gemeinwohls entfalten zu können. Sexwork und fairer Paysexkonsum sind ein Menschenrecht und schützenswert.

Fördert mit uns Lebensweisenakzeptanz, Verteilungs-Gerechtigkeit und Liebe und kämpft nicht länger scheinheilig gegen Prostitution.

www.sexworker.at



Mehr ...

an genau dieser Stelle:

www.sexworker.at/phpBB2/viewtopic.php?t=3698